

Zuwanderer in der Stadt – Integration und sozialer Zusammenhalt durch integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen

Im vergangenen Jahr wurden erstmals Fragen zur Herkunft der Menschen in die statistische Erhebung aufgenommen. Zu der Gruppe mit Migrationshintergrund zählen neben den zugewanderten und den in Deutschland geborenen Ausländer/innen auch deutsche Staatsangehörige wie eingebürgerte Ausländer/innen und Spätaussiedler/innen bzw. deren Kinder, die schon in Deutschland geboren sind. Die großen Flüchtlingsströme der Nachkriegszeit werden nicht in die Statistik eingerechnet.

Von den 82,4 Millionen Menschen in Deutschland kommen 15,3 Millionen aus dem Ausland oder haben einen so genannten „Migrationshintergrund“. Knapp ein Fünftel (19 %) der bundesdeutschen Bevölkerung ist damit ausländischer Herkunft oder hat beispielsweise Eltern oder Großeltern, die aus dem Ausland stammen. Das hat der Mikrozensus 2005 ergeben.¹ Ohne diesen beachtlichen Anteil an der Bevölkerung wäre der demographische Alterungsprozess noch viel ausgeprägter.

Die Zukunft der deutschen Gesellschaft wird multiethnisch und interkulturell geprägt sein, für die westdeutschen Städte gilt das bereits heute. Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland und es wird zukünftig noch stärker auf Migrantinnen und Migranten angewiesen sein, wie der Zuwanderungsrat der Bundesregierung in seinem ersten Jahresgutachten betont hat. Darauf muss sich die Kinder- und Jugendhilfe einstellen, will sie einen relevanten Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland für Fachkräfte aus dem Ausland an Attraktivität gewinnen muss, sowie angesichts steigender Zahlen von Familien mit Migrationshintergrund ohne und mit deutschem Pass, muss es gelingen, Strukturen und Kulturen zu schaffen, die die Integration der unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen in die demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse der Bundesrepublik ermöglichen.

Kinder werden in Deutschland in naher Zukunft zu einem erheblichen Teil in Migrationsfamilien und dort überproportional in den so genannten benachteiligten Stadtteilen aufwachsen. Die Aufgabe der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist daher zu einer bedeutenden Herausforderung für die Gesellschaft und gerade für die Jugendhilfe geworden, die zentral verantwortlich, aber lokal gelöst werden muss.

„Bereits der Zehnte Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung wies darauf hin, dass ‚bei mehr als einem Viertel der Kinder entweder Vater oder Mutter oder beide Eltern in anderen kulturellen Zusammenhängen aufgewachsen sind als in traditionell deutschen‘. Damit ist öffentlich deutlich geworden, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen aus Zuwanderungsfamilien weitaus höher ist, als ihn die Zahlen der amtlichen Statistiken zu ‚ausländischen Kindern‘ ausweisen.

Neuere Untersuchungen, die das Kriterium der Zuwanderung mindestens eines Elternteils zu Grunde legen, bestätigen empirisch noch höhere Anteile als diese frühen Schätzungen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund ein Drittel der jugendlichen Population Deutschlands insgesamt ausmachen. In den Städten Westdeutschlands kommen sie bei den 15-jährigen auf bis zu 40 Prozent.

Die Lebensbedingungen und die Orientierungen eines Teils der zugewanderten Familien und der dort lebenden Kinder und Jugendlichen unterscheiden sich heute deutlich von denen ‚einheimischer‘, autochthoner junger Menschen und sie werden von den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe deutlich weniger erreicht. Dies hat unterschiedliche Gründe:

Die zu Beginn der Migration entstandenen ethnischen Communities haben sich für einen (zahlenmäßig geringeren) Teil der zugewanderten Familien verfestigt und zu einer ethnisch bestimmten Subkultur geführt. Diese ist in den industriellen Ballungszentren entstanden und findet sich auch räumlich in bestimmten ethnisch geprägten Quartieren. Ausdruck dessen ist auch die Zunahme ethnischer oder religiöser Vereine oder Gruppierungen wie z. B. Elternvereine, Moscheevereine oder kirchliche Gruppierungen. Ein weiterer Schritt im Hinblick auf die Verfestigung der ethnischen Communities verlief unbeobachtet oder zumindest undiskutiert.“²

Soziale Integration in einer multiethnischen und interkulturellen Gesellschaft

Was Integration von Migrantinnen und Migranten bedeutet, muss auf vier Dimensionen konkretisiert werden:³

- **Strukturelle Integration:** Sie bedeutet Gleichheit der sozialen und politischen

1) Quelle: Statistisches Bundesamt

E&C-Fachforum: „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“ vom 26. und 27. Juni 2006

2) Bundesjugendkuratorium 2005

3) Kreft/Mielenz 2005

Rechte und Gleichverteilung der Mitglieder unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen auf das Positionssystem der Aufnahmegesellschaft, z. B. auf die unterschiedlichen Schul- und Ausbildungsinstitutionen (Chancengleichheit) sowie auf die verschiedenen Positionen innerhalb des Beschäftigungssystems, in anderen Worten: die Dispersion dieser Gruppen auf das soziale Schichtsystem und Statuszuweisung nur nach erworbenen Merkmalen.

- **Soziale Integration:** Sie bedeutet Zugang zu Primärgruppen und sozialen Subsystemen (Gleichaltrigengruppen; Nachbarschaft; Familien; Vereine; Kollegen- und Freundeskreis).
- **Kulturelle Integration:** Gemeint ist die Ein- und Akkulturation in das gesellschaftliche Normensystem, in Rollenerwartungen und – besonders bei Migranten/innen – in Lebensgewohnheiten, Werte und Sprache der Aufnahmegesellschaft.
- **Persönliche oder identifikatorische Integration:** Identifikation mit der Gesellschaft, Rückgang überdurchschnittlicher Anomie und – besonders bei Migranten/innen – Restabilisierung des durch Wanderung destabilisierten Persönlichkeitssystems.

Sozialräumliche Desintegrationsmerkmale⁴

Kinder, Jugendliche und ihre Eltern erleben in diesen Gebieten, dass Misserfolge ihr „Schicksal“ sind. Sie orientieren sich an dem, was im Nahumfeld an sozialen Kontakten zur Verfügung steht. Misserfolge in Bildung und Beruf verstärken die Bedeutung des Nahraums für die Persönlichkeitsentwicklung, weil der Lebensbezug sich mehr und mehr auf diesen beschränkt. So geraten die Strukturen dieser Nahräume zur symbolischen Ordnung der Welt.

Die Eigendynamik der Abwertung städtischer Räume, die von den Bewohner/innen als unsicher, verwahrlost, gestaltlos, unwirtlich wahrgenommen werden, verstärkt einerseits den Prozess der selektiven Entmischung und bewirkt andererseits bei den Bewohner/innen die Ausrichtung auf Eigeninteressen hin orientierter Sozialkontrolle der verbleibenden Gruppen, verfestigt die sozialen Ungleichheiten durch die Fortschreitung der Segregation. Desintegrationsmerkmale solcher städtischen Gebiete sind insbesondere:

- mangelnde Befähigung, gemeinsame Werte zu erzeugen und soziale Kontrolle auszuüben,
- die vollzogene soziale, ökonomische, kulturelle und symbolische Ausdifferenzierung/Spaltung des städtischen Raums,

- ein dominant niedriger wirtschaftlicher Status, soziale Risikofaktoren wie Bildungsferne der Eltern, Krankheit, aggressive Verhaltensmuster,
- geringe Intensitäten sozialer Netzwerke, fehlende Partizipation,
- fehlende Kontrollimpulse gegenüber den Aktivitäten einzelner Nutzergruppen.

Faktoren der sozialen Ausgrenzung

Der Prozess der sozialen Ausgrenzung ist vielschichtig, d. h. nicht die sozial anerkannten etablierten Grenzen allein, die sozialen Absteiger, sondern die Exkludierten selbst tragen durch ihre entwickelten Verhaltensmuster zu dem Prozess der Exklusion aktiv bei. Dennoch ist Ausgrenzung kollektiv erlebbar und lässt sich an vier Faktoren⁵ festmachen:

- materiell, z. B. durch Arbeitslosigkeit,
- kulturell, z. B. als Bildungsnotstand,
- sozial, z. B. als ethnisch-rassistische Diskriminierung,
- symbolisch, z. B. als marginalisierten Lebens- und Wohnort, der sozial und ökonomisch von der Stadt abgekoppelt ist.

Strategien sozialer Inklusionsprozesse⁶

- Strategien sozialer Inklusion zu entwickeln, heißt insbesondere, alle Formen von Ausgrenzung und Stigmatisierung zu bekämpfen und neue Formen von Partizipation der Bürger/innen, der Mitarbeiter/innen wie deren Institutionen zu entwickeln.
- Strategien sozialer Inklusion zu entwickeln, heißt, den Aufbau von sozialen Beziehungen, auch und gerade über die Begrenzungen des sozialen Raums hinaus zu fördern.
- Strategien sozialer Inklusion beginnen mit der Wahrnehmung von Unterschieden und der Achtung und dem Respekt dieser Unterschiede. Sie reagieren sensibel auf Prozesse sozialer Diskriminierung (Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, sexuelle Ausrichtung etc.).
- Strategien sozialer Integration sind darauf ausgerichtet, den Aufbau von solidarischen Gemeinschaften (Gemeinwesenbildung) zu fördern.
- Strategien sozialer Inklusion schließen den Wandel mit ein, sie sind prozessorientiert und wenden sich den Barrieren wie den Ressourcen gleichermaßen zu.

5) ebenda

6) Booth u.a. 2006

4) Kilb 2006

E&C-Fachforum: „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“ vom 26. und 27. Juni 2006

Bei der praktischen Umsetzung von Strategien der sozialen Inklusion hat sich die Beachtung von fünf Elementen bewährt:

- Entwicklung von Schlüsselkonzepten, um die Reflexion sozialer Inklusionsanforderungen und deren Entwicklung zu fördern,
- Festlegung eines Planungsrahmens (Dimension und Handlungsfelder), um den Zugang zur Evaluation und den Entwicklungsverläufen zu strukturieren,
- Aufstellung von Indikatoren, um eine für alle Beteiligten transparente Evaluation zu ermöglichen,
- Aufteilung in definierte Zeitabschnitte, um Prioritäten für eine Fortschreibung zu identifizieren und
- den Prozess der Umsetzung von neuem zu beginnen.

Empfehlungen zur Integrationspolitik in der Stadt⁷

Integrationspolitik muss zukünftig als Querschnittsaufgabe verstanden werden, in die zahlreiche – insbesondere lokale – Politikfelder einbezogen und unterschiedliche Akteure eingebunden werden müssen, wenn sie nachhaltig gelingen soll. Fragen der gegenseitigen Anerkennung und der interkulturellen Öffnung und Teilhabe müssen unter Beteiligung der jungen und älteren Menschen mit Migrationshintergrund in politische Handlungskonzepte münden, die den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen verbessern und eine neue Politik der Anerkennung formulieren und umzusetzen vermögen. Städtische Integrationspolitik sollte sich an folgenden Grundsätzen orientieren:

- Integration ist ein *andauernder Prozess*. Integrationsmaßnahmen müssen *auf Dauer* angelegt sein.
- Maßnahmen der Stabilisierung und Integration im Wohnquartier müssen *frühzeitig* – durchaus präventiv – einsetzen.
- Integration vor Ort ist eine *Querschnittsaufgabe*. Auf städtischer Ebene sind ganzheitlich angelegte und ämterübergreifende Konzepte erforderlich.
- Auf Quartiersebene sollten quartiersbezogene *Netzwerke* zwischen den Maßnahmeträgern und den sonstigen Akteuren gebildet und gefördert werden. Der Moderation und Koordination in solchen Netzwerken vor Ort im Sinne eines *Quartiersmanagements* kommt entscheidende Bedeutung zu.
- In den Stadtverwaltungen und bei den Wohnungsunternehmen sollten im Rahmen der Personalentwicklung vermehrt *Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund* beschäftigt werden.

innen mit Migrationshintergrund beschäftigt werden.

- Soziale Dienstleistungen für Zugewanderte sollten stärker als bisher auf deren *spezifische Bedarfe* ausgerichtet werden. Angebotskombinationen sind anzustreben.
- Die *Selbstorganisation* von Zugewanderten ist zu stärken. Die enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen, den Trägern sozialer Maßnahmen und ethnischen Vereinigungen ist anzustreben.
- Alle Maßnahmen der städtischen Integrationspolitik haben dort anzusetzen, wo die Zugewanderten leben, also in ihren *Wohnquartieren*. Dies verhindert am ehesten deren Abschottung nach innen oder außen.

1. Schulische und sonstige Bildung

Folgende Maßnahmen im Quartier bieten sich an:

- Vorschulischer (Sprach-)Unterricht,
- Weiterführende Schulangebote über die Hauptschule hinaus.
- Ferner sollen sich die Schulen im Quartier allgemein als Ort der Integration und als Stadtteilschule mit einem übergreifenden Bildungsauftrag – auch für Erwachsene – verstehen.
- Um den Jugendlichen aus Zuwandererfamilien die Wahl eines zukunftsfähigen Berufes zu erleichtern, sollte die Stadtteilschule „Praxisklassen“ vorsehen und Betriebsbesuche anbieten. Dieser Schülerkreis sollte auch verstärkt in Betriebspraktika vermittelt werden.
- Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche fördern den Erwerb der deutschen Sprache und helfen, soziale Regeln einzuüben.

2. Sprachförderung nach dem Zuwanderungsgesetz

Die sich aus dem Zuwanderungsgesetz ergebenden Möglichkeiten zur Sprachförderung sind auszuschöpfen. Darüber hinaus sollten ergänzende Angebote zum Spracherwerb für bereits hier lebende Zugewanderte vorgehalten werden.

3. Migranten-Ökonomie

Migranten-Ökonomie im Quartier ist der Faktor, der unter den heutigen Bedingungen des Arbeitsmarktes – neben der allgemeinen und beruflichen Bildung – noch am ehesten zur Integration von Zugewanderten dadurch beiträgt, dass er ihnen die Teilnahme am Erwerbsleben und die Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen eröffnet.

7) vgl. Schader-Stiftung u.a. 2005

E&C-Fachforum: „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“ vom 26. und 27. Juni 2006

4. Nutzungsmischung im Quartier

Nutzungsgemischte Quartiere bieten für die Integration bessere Bedingungen als große Wohnsiedlungen.

5. Öffentlicher Raum

Die Gestaltung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raums wirken sich auf das soziale Zusammenleben und damit auch auf das Integrationsklima aus. Öffentliche Räume und Plätze sind Begegnungsorte und ermöglichen Zugewanderten die Orientierung in der Aufnahmegesellschaft.

6. Sicherheit im Quartier

Die Beeinträchtigung des Sicherheitsempfindens bei Bewohner/innen eines Quartiers wirkt integrationshemmend.

7. Image von Wohnquartieren

Die negativen Zuschreibungen, mit denen Wohnsiedlungen häufig konfrontiert sind, wirken auf ihre Bewohner zurück und erschweren den Integrationsprozess.

8. Partizipation

Angebote der Partizipation speziell für Zugewanderte auf städtischer und Quartiersebene sowie in den Wohnungsunternehmen sind zu schaffen bzw. zu stärken.

Kontakt:

Hartmut Brocke
Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut
Müllerstraße 74
13349 Berlin
info@stiftung-spi.de

Literatur:

- Booth u.a. (2006): Index für Inklusion. In: Hrsg. GEW 2006
- Bundesjugendkuratorium (2005): Die Zukunft der Städte ist multiethnisch und interkulturell, www.bundesjugendkuratorium.de
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1998): Zehnter Kinder- und Jugendbericht.
- Kilb, R. (2006): Über den möglichen Zusammenhang von Baustruktur und Gewalttätigkeiten Jugendlicher. In: neue praxis, 1/2006
- Kreft, D./Mielenz, I. (2005): Wörterbuch soziale Arbeit, Weinheim/München 2005, S. 435 ff
- Schader-Stiftung u.a. (2005): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik, www.schader-stiftung.de/docs/empfehlungen_zur_stadtraeumlichen_integrationspolitik.pdf